

weitgehende internationale Unterstützung finden. Die sozialistischen Staaten werden sich auch weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, daß die Spannungen in Europa durch Beziehungen der guten Nachbarschaft abgelöst werden, daß die friedliche Koexistenz zur allgemeingültigen Norm der gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wird und daß das Streben der Völker nach Sicherheit und Fortschritt in konkrete Taten, in die Lösung der dringlichen Probleme in diesem Teil der Welt umgesetzt wird.

Die an dem Treffen beteiligten sozialistischen Staaten setzen sich dafür ein, die Beziehungen zwischen allen Staaten entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen zu entwickeln und auszubauen. Sie sind entschlossen, die Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten zu entwickeln, welche zur Zusammenarbeit gemäß diesen Grundsätzen bereit sind. Sie bekräftigen ihre Auffassung, wonach die Interessen des Friedens und der Sicherheit es erfordern, daß alle Staaten gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zur Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen und die bestehenden europäischen Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze als endgültig und unantastbar anerkennen.

Beim Meinungsaustausch über aktuelle internationale Fragen wurde festgestellt, daß die Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und die Bildung der neuen Regierung Ausdruck von Veränderungen sind, die sich in einem Teil der Öffentlichkeit der BRD zeigen, Ausdruck der in diesem Teil der Öffentlichkeit zunehmenden Tendenzen, welche auf eine realistische Politik der Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den Staaten gerichtet sind. Als ein positives Moment wurde die Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages durch die Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben. Zugleich brachten die Teilnehmer des Treffens ihre einmütige Meinung zum Ausdruck, daß die in der BRD fortdauernden gefährlichen Erscheinungen des Revanchismus und die Aktivierung der neonazistischen Kräfte nicht außer acht gelassen werden dürfen und daß ihnen gegenüber ständig die gebotene Wachsamkeit geübt werden muß. Wenn die neue westdeutsche Regierung die Lehren aus der Geschichte zieht, sich des Ballastes der Vergangenheit entledigt und entsprechend dem Geist der Zeit an die Probleme, die in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten Spannungen hervorrufen, realistisch herangeht.